

Mag. Johannes Pasquali
BMF Kommunikation
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

DVR: 0000078

Herrn
Florian Schilling

E-Mail: mail@provider.com

GZ. BMF-240101/2604-V/7/2010

Wien, 05. November 2010

Sehr geehrter Herr Schilling!

Vielen Dank für Ihr E-Mail vom 24. Oktober 2010 an Finanzminister Josef Pröll betreffend die Einigung der Bundesregierung bei ihrer Klausur zur Sanierung der Staatsfinanzen. Wir nehmen Ihre durchaus kritische Meinung sehr ernst, möchten Ihnen aber im Folgenden unsere Argumente zum alternativlosen Sparkurs darlegen.

Mit der Einigung haben wir ganz klar den Weg aus der Schuldenfalle eingeschlagen, und zwar unter dem Motto "Mehr Sparen und weniger Steuern". Schuldenmachen ist unsozial und bedeutet Umverteilung von unten nach oben. Auf Grund der umfangreichen Maßnahmen gegen die Krise sind unsere Schulden jedoch massiv angestiegen. Für diese Schulden zahlen wir allein heuer 8,3 Milliarden Euro an Zinsen und wenn wir nicht gegensteuern, werden diese Zinszahlungen 2013 9,3 Milliarden Euro betragen. Beispielsweise wären diese 9,3 Milliarden Euro rund ein Drittel mehr, als wir jährlich für Bildung aufwenden oder fünfmal so viel wie wir in innere Sicherheit investieren. Schulden fressen Zukunft auf und nehmen jede Chance, aktiv zu gestalten. Daher war es unumgänglich, den Sparkurs einzuleiten. Mit dem Staatshaushalt 2011 gelingt eine gerechte Lastenverteilung, denn der Mittelstand wird nicht überfordert und auf die soziale Ausgewogenheit wurde besonders geachtet. Der Schwerpunkt liegt ganz klar beim Sparen und wir schaffen jetzt den Weg aus der Schuldenfalle. Von heutigen 4,5% des BIP wird die neue Verschuldung voraussichtlich bis 2012 unter 3%, bis 2014 unter 2,5% sinken.

Gleichzeitig ermöglichen wir ganz bewusst im Jahr 2011 mehr Zukunftsinvestitionen in der Höhe von 400 Millionen Euro pro Jahr: 100 Mio. Euro mehr für unsere Umwelt, 100 Mio. Euro

mehr für Forschung, je 80 Mio. Euro mehr für Universitäten und Schulen sowie 40 Mio. Euro für die Sicherung unseres Gesundheitswesens.

Bei unserem neuen Staatshaushalt 2011 geht es daher nicht um Gewinner oder Verlierer, sondern um ein schlüssiges Paket, das Österreich und die Menschen aus der Schuldenfalle führt.

Was die von Ihnen angesprochene Verwaltungsreform angeht, müssen wir selbstverständlich auch in den Strukturen sparen. Wir müssen deshalb auch weiterhin daran arbeiten, Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu beseitigen. Eine umfassende Verwaltungsreform setzt jedoch auch die Bereitschaft aller Beteiligten zur Veränderung voraus und benötigt Zeit. Daher gehen wir mit gutem Beispiel vor und sparen bei uns selbst, der öffentlichen Verwaltung, ein – beispielsweise mit einer restriktiven Personalpolitik und äußerster Zurückhaltung bei den Ermessensausgaben der Ministerien.

Die Sicherung der Zukunft unserer Kinder wird durch die Frage beantwortet, ob Österreich aus den Schulden herauskommt oder nicht. Wir nehmen der Zukunft alle Chancen, wenn wir nicht die Defizite und Schuldenstände verringern, wenn wir unseren Kindern Milliarden an Zinsleistungen in die nächste Generation mitgeben. Dieser Schuldenberg darf nicht zu einem unüberwindbaren Massiv für unsere Jugend werden. Die Kritik an den Kürzungen bei den Familienleistungen ist durchaus verständlich, aber wir liegen 2011 mit unseren Familienleistungen noch immer höher als im Jahr 2008. Gerade durch die Modifikation der 13. Familienbeihilfe konnte diese gerettet werden, was Finanzminister Josef Pröll ein besonderes Anliegen war. Betreffend das Ausbezahlen der Familienbeihilfe bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres ist die Bundesregierung der Überzeugung, dass man von 25jährigen verlangen kann, sich auf eigene Beine zu stellen. Vergessen wir nicht, dass viele andere gleichaltrige Jugendliche, die nicht studieren, schon lange Steuern gezahlt und lange keine Familienbeihilfe bekommen haben.

Weiters darf ich anmerken, dass der zuständige Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend Dr. Reinhold Mitterlehner bereits betont hat, dass beispielsweise der Zivil- oder Wehrdienst eine Verlängerung der Beziehung der Familienbeihilfe verursacht. Nicht berührt

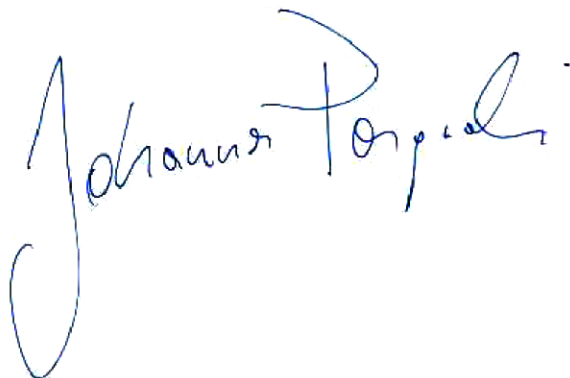
von den Änderungen sind die Mitversicherung der Kinder bei den Eltern und die Waisenrente. Beide Leistungen können weiterhin bis zum 27. Lebensjahr bezogen werden, wenn entweder Familienbeihilfe bezogen wird oder ein ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig betrieben wird.

Darüber hinaus liegt Österreich mit seinen Familienleistungen nach wie vor im europäischen Spitzenfeld. Gerade Familien und deren Entlastung waren ein zentraler Eckpfeiler der Steuerreform 2009. So konnten wir beispielsweise im Rahmen der Steuerreform 2009 erstmals die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten durchsetzen. Auch zukünftig werden wir an der Stärkung der Familien einsetzen.

Wir sind uns der großen Verantwortung gegenüber der Bevölkerung bewusst und werden alle erforderlichen Schritte unternehmen, um den Menschen jene Sicherheit zu geben, die sie brauchen und eine positive, stabile Entwicklung und somit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu gewährleisten.

Ich hoffe, ich konnte damit Ihre durchaus kritische Einstellung mildern und Ihnen unsere Intentionen näher bringen.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in blue ink, reading "Johann Torgler". The signature is written in a cursive style with a large initial 'J'.